

Entwurf! Dr. Frank Somogyi, 2.9.2020

Frankfurter Stadtentwicklung 2021 – Planen, Wohnen, Ökologie

Frankfurt ist die Stadt mit dem siebthöchsten Lebensstandard weltweit. Die Nähe zur Natur, kurze Wege, eine hervorragende Verkehrsanbindung, gemütliche Stadtteile mit jeweils eigenem Charakter, Internationalität, vielfältige Kulturangebote und eine boomende Wirtschaft sind die Gründe hierfür.

Wir wollen weiter daran arbeiten, dass dies so bleibt und erreichen, dass Frankfurt noch liebens- und lebenswerter wird – trotz oder gerade wegen des anhaltenden Wachstums.

Frankfurt ist und bleibt eine Stadt für alle. Arm und Reich, Jung und Alt, Familien und Alleinstehende, Alteingesessene und neu Zugezogene. Hierfür müssen wir das Wachstum unserer Stadt aktiv gestalten, vorausschauend planen, städtebauliche Schwächen angehen, den demographischen Wandel meistern und sozialen wie ökologischen Herausforderungen auch durch eine intelligente Stadtentwicklungspolitik, die die unterschiedlichen Interessen von Wohnbau über Verkehr bis Gewerbe berücksichtigt und zu einem Ausgleich bringt, begegnen.

Eine echte Stadt für alle

Frankfurt ist und bleibt eine Stadt für alle. Daher wollen wir den Fokus nicht nur auf Angebote für Einkommensschwache legen, sondern auch dem Mittelstand ermöglichen, weiterhin in unserer Stadt Wohnraum zu finden. Denn wir müssen die guten Steuerzahler – Haushalte wie Unternehmen – in der Stadt halten, nicht zuletzt auch um günstigen Wohnraum, Infrastruktur und Sozialleistungen für weniger gut Verdienende überhaupt finanzieren zu können. Hierzu müssen wir auch ein Angebot für den Mittelstand schaffen und Bauland für Eigenheime ausweisen. Ein einseitiger Fokus auf Geschosswohnungsbau schadet langfristig unserer Stadt und ihrer sozialen Durchmischung. Eine gute soziale Durchmischung der Stadtteile ist jedoch wichtig. In sozial schwierigeren Stadtteilen muss auch eine Durchmischung „nach oben“ stattfinden.

Hierfür fordern wir:

Wohnförderung besser und gerechter gestalten¹

Der soziale Wohnungsbau ist ein wichtiges Merkmal unserer Wohnungspolitik. Er bedarf jedoch der Weiterentwicklung. Denn derzeit ist er faktisch eine Lotterie, bei der zum Einen nur ein Teil der förderberechtigten Personen zum Zuge kommt, und zum Anderen gleichzeitig auch Personen, die nicht (mehr) förderberechtigt sind, in den Genuss einer geförderten Wohnung kommen. Wir möchten, dass alle Berechtigten auch zu ihrem Recht kommen. Daher wollen wir darauf hinwirken, dass die Objektförderung mittelfristig durch eine Subjektförderung, also ein reformiertes Wohngeld, abgelöst wird. Wir wollen also nicht mehr nur 30% der Wohnungen, sondern 100% der Berechtigten fördern.

¹ Vorschläge entsprechen den Empfehlungen aus Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi (2018): "Soziale Wohnungspolitik" <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-wissenschaftlicher-beirat-soziale-wohnungspolitik.html>

Eingriffe in die Preisbildung beenden²

Die Mietpreisbremse soll abgeschafft, der Baulandbeschluss rückgängig gemacht werden. Mietpreisbremsen sind keine wohnungspolitische Lösung, sondern ein wohnungspolitisches Problem. Denn Mietpreisbremsen verschärfen den Wohnungsmangel. Wenn der Preismechanismus außer Kraft gesetzt wird sinken die Anreize, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig wird das Wohnen im Geltungsbereich der Mietpreisbremse – also in der Stadt – relativ zum Wohnen in der Peripherie günstiger. Hierdurch erhöht sich die Nachfrage nach Wohnungen in der Stadt weiter. Werden Mietpreise künstlich tief gehalten, wird für gegebenes Einkommen mehr Wohnraum(fläche) nachgefragt, wodurch sich die Enge am Markt weiter erhöht. Wenn Mietpreise reguliert sind, werden Vermieter versuchen, ihre Wohnungen als Eigentumswohnungen zu verkaufen, da so Marktpreise zu erzielen sind. Insgesamt verschärft sich somit der Nachfrageüberhang am Wohnungsmarkt, wodurch es insbesondere für Kinderreiche oder sozial Schwache schwieriger wird, Wohnraum zu finden. Durch den Eingriff in die Preisbildung werden also zusätzliche Probleme geschaffen, die dann wiederum teuer durch weitere Markteingriffe, etwa durch Subventionierung des Wohnbaus, bekämpft werden müssen. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Baulandbeschluss. Höhere Kosten für Investoren bedeuten höhere Mieten und Kaufpreise für die Bürger Frankfurts, höhere Kosten in einem Segment, nämlich dem Bau auf neu erschlossenem Bauland, erhöhen im anderen Segment die Nachfrage und somit die Preise für Bestandsflächen und Bestandsbauten.

Genossenschaften fördern

Wohnungsgenossenschaften sollen durch die Stadt verstärkt gefördert werden, z.B. indem ihnen städtische Grundstücke vorab angeboten werden. Wohnbaugenossenschaften bieten Wohnungen oft zur Kostenmiete an. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag, dass Mieten während der Mietzeit für ihre Genossenschaftsmitglieder nur maßvoll steigen. Wir sehen daher den Bau durch Wohnungsgenossenschaften – auch wegen der Eigeninitiative – als eine gute Ergänzung zum öffentlich geförderten Wohnungsbau. Als sogenannte „dritte Säule“ neben Eigentum und Mietwohnungen spielen Wohnungsgenossenschaften seit über hundert Jahren in Frankfurt eine wichtige Rolle. Sie verfügen über mehr als 12.500 Wohnungen, die sie ihren Mitgliedern langfristig und in der Regel preisgünstig überlassen. Beruhend auf den Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstorganisation, können Genossenschaften Wohnraum auch für den Mittelstand anbieten, der die Einkommengrenzen des geförderten Wohnungsbaus überschreitet, aber auf dem freien Eigentumswohnungsmarkt nicht über die nötigen Finanzmittel zum Erwerb einer Wohnung verfügt. Dies schließt alle Formen des genossenschaftlichen Wohnens ein. Eine gesonderte Förderung oder Quotierung für bestimmte Formen des genossenschaftlichen Wohnens, wie z.B. das gemeinschaftliche Wohnen, ist daher nicht notwendig.

Erwerb von Wohneigentum ermöglichen

Noch stärker als die Angebotsmieten sind in Frankfurt seit 2011 die Preise für Eigenheime – also Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser – gestiegen. Damit auch zukünftig Mittelstandsfamilien in Frankfurt Eigentum erwerben können, wollen wir Erbpachtgrundstücke zu vergünstigtem Zins an Familien abgeben. Zudem sollen Bauherren wählen können, ob die Mittel aus dem Frankfurter

² Vorschläge entsprechen den Empfehlungen aus Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi (2018): “Soziale Wohnungspolitik” <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-wissenschaftlicher-beirat-soziale-wohnungspolitik.html>

Mittelstandsprogramm zur Vergünstigung von Mietwohnungen oder für vergünstigte Eigentumswohnungen genutzt werden. In Neubaugebieten sind stets auch Flächen für Wohneigentum einzuplanen.

Grundsteuerreform ohne soziale Härten meistern

Die Reform der Grundsteuer geht mit einer steuerlichen Neubewertung der Immobilien einher, die ohne Anpassung der kommunalen Hebesätze zu einer erheblichen steuerlichen Mehrbelastung der Bürger führt. Aber auch wenn die Hebesätze auf Gemeindeebene so angepasst werden, dass die Reform aufkommensneutral bleibt, wird es in Lagen, die ohnehin schon in der Vergangenheit überdurchschnittliche Immobilienpreisteigerungen zu verzeichnen hatten, zu merklichen Steuererhöhungen kommen. Dies gilt es zu vermeiden, da hierdurch eine weitere soziale Entmischung der Stadtteile hervorgerufen würde. Hierzu ist auch ein insgesamt niedrigeres Grundsteueraufkommen nach der Reform in Kauf zu nehmen.

Marktdynamik erhöhen

Der Wohnungsleerstand in Frankfurt ist höher als in anderen internationalen Metropolen³. Dennoch fällt es Vielen schwer, eine neue Wohnung zu finden. Dies liegt auch daran, dass die Marktdynamik relativ gering ist, d.h., dass relativ wenige Wohnungswechsel stattfinden. Um die Marktdynamik zu erhöhen, müssen die Kosten eines Umzugs gesenkt werden. Wohnungsbaugesellschaften mit städtischer Beteiligung sollen daher angehalten werden, Wohnungen wie andernorts – und ehemals in den Bauten des Neuen Frankfurt – üblich ausschließlich inklusive Einbauküche anzubieten. Zudem sollen die Wohnbaugesellschaften Kautionsbürgschaften akzeptieren, sodass die Mieter nicht drei Kaltmieten an Kapital vorhalten müssen. Öffentliche Wohnbaugesellschaften sollen Wohnungstauschprogramme anbieten. Denn oft werden zu groß gewordene Wohnungen nicht frei, da der Wechsel in eine kleinere Wohnung durch den Neuvertrag eine höhere Miete mit sich bringen würde.

Gewerbeflächen erhalten, gemischte Quartiere schaffen

In Frankfurt wird nicht nur gelebt, sondern auch gearbeitet. Um Bildung, Kultur und Soziales finanzieren zu können, brauchen wir auch weiterhin ein florierendes Gewerbe auf unserem Stadtgebiet. Wir setzen uns daher dafür ein, die Gewerbeflächen in unserer Stadt zu erhalten. Dort, wo neue Quartiere entstehen, soll ein Miteinander von Leben und Arbeiten ermöglicht werden. Mindernutzungen von Gewerbeflächen sollen vermieden werden. Wir setzen uns daher dafür ein, den dahinsiechenden Industriepark Griesheim in einen flughafennahen Businesspark umzuwandeln.

³ Derzeit doppelt so hoch wie in Zürich.

Das Wachstum gestalten – Städtebauliche Chancen nutzen

Frankfurt boomt. Immer mehr Menschen ziehen nach Frankfurt. Das Wachstum, das insbesondere durch den wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt hervorgerufen wird, muss aktiv so gestaltet werden, dass unsere Stadt lebenswert bleibt und genügend zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird. Wir lehnen dabei künstliche Trabantenstädte am Stadtrand, die den natürlichen Wachstumsprozessen einer Stadt widersprechen, ab. Die größte Dichte der Bebauung herrscht in den Zentren der Städte. Nach außen hin nimmt die Dichte ab. Wächst eine Stadt, erhöht sich zunächst die Dichte im Zentrum, die Bebauungsgrenze verschiebt sich nach außen. Dies gilt in monozentrischen Städten ebenso wie in einer polyzentrischen Stadt wie Frankfurt. Wir treten daher für eine maß- und qualitätsvolle Verdichtung der zentralen Stadtteile, der Stadtteilzentren und des Bestands ein. In den Außenbereichen sollen größere und kleinere Arrondierungen, die mit den angrenzenden Stadtteilen harmonieren und Teil dieser werden, die Stadt ergänzen. Dies auch, um das Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt gegenüber anderen Metropolen, nämlich die starke Durchgrünung und den Grüngürtel, nicht zu sehr zu beeinträchtigen. Zunehmendem Dichtestress wollen wir durch verstärkte Investitionen in die öffentliche Infrastruktur begegnen.

Hierfür fordern wir:

Nachverdichtung als Stadtreparatur

Die Nachverdichtung des Bestands bietet großes Entwicklungspotential für unsere Stadt – für Wohnen und Arbeiten gleichermaßen. Nachverdichtungen müssen vor allem als Mittel der Stadtreparatur gesehen werden. Gerade dort, wo in der Vergangenheit städtebauliche Fehler gemacht wurden und städtebauliche Defizite vorhanden sind, bieten sich Nachverdichtungen an. Klein- und vorstädtische Bebauungstypen aus der Aufbauzeit, die insbesondere in der Innenstadt deplatziert sind, können durch adäquate Bauten ersetzt werden. Die Angleichung von Traufhöhen durch Aufstockung verbessern das Stadtbild. Versiegelte und mit Garagen bebaute Innenhöfe können mit Hinterhäusern und Tiefgaragen bebaut und begrünt werden. An Zeilenbauten können Blockränder geschlossen werden, um ruhige, grüne Höfe zu schaffen und gleichzeitig öffentlichen und privaten Raum zu definieren.

Alte Bebauungspläne ertüchtigen, unbeplante Bereiche überplanen

Alte Bebauungspläne legen oft eine für heutige Verhältnisse geringe Flächenausnutzung fest. Dort, wo dies städtebaulich und sozial verträglich ist, sollen Bestandspläne im Hinblick auf eine höhere Ausnutzung geändert werden. Unbeplante Bereiche sollen überplant werden, denn die dort ansonsten geltende Regel, dass „wie Nachbarbebauung“ gebaut werden muss, zementiert Stillstand.

Die Stadt weiterbauen

Wir lehnen Trabantenstädte und Stadtfragmente auf der grünen Wiese ohne Verbindung zu urbanen Gebieten ab. Arrondierungen von Stadtteilen sollen sich vom Charakter her an den Bestand anfügen. Dort, wo dichte, urbane Stadtteile weitergebaut werden können, soll dies aber auch geschehen. Die Günthersburghöfe und das Ernst-May-Viertel können hier als Vorbild dienen. Ebenso sind die Planungen für die Bebauung des Römerhofs ein wichtiger Schritt. Die Bebauung des Rebstockareals, auf dem alleine Wohnraum für 30.000 Menschen geschaffen werden könnte, soll umgesetzt werden. Chancen, dichte urbane Bebauung an den Bestand anzufügen bieten sich auch östlich des S-Bahnhofs Mühlberg und im westlichen Gallus beidseits der Mainzer Landstraße.

Planen und Bauen beschleunigen

Planungs- und Genehmigungsprozesse sind oft überaus langwierig. Um eine zügige und rechtssichere Bearbeitung weiterhin sicherzustellen, sollen die Stellen in der Bauaufsicht aufgewertet werden. Denn die öffentliche Hand steht hier im direkten Wettbewerb um die besten Köpfe mit der Privatwirtschaft. Die digitale Bauakte soll eingeführt werden. Die Erstellung von Bebauungsplänen, die derzeit Jahre dauert, könnte auch verstärkt an externe Büros vergeben werden. Bei möglicherweise kontroversen Bauvorhaben kann eine frühzeitige Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe nicht nur für gegenseitiges Verständnis sorgen und langwierige Rechtsstreitigkeiten verhindern helfen, sondern durch die Einbindung von Ideen, Wünschen und Erfahrungen der Bürger zu einer besseren Planung beitragen.

Qualität vor Geschwindigkeit

Zweifelsohne bedarf es einer großen Kraftanstrengung, um dem Wohnraummangel in Frankfurt zu begegnen. Unsere Stadt darf jedoch nicht auf Jahrzehnte hinaus durch schnell hochgezogene Billigbauten verschandelt werden. Die Fehler der 60er- und 70er-Jahre dürfen sich nicht wiederholen. Das derzeit oft propagierte, günstige und schnelle serielle Bauen darf nicht zu einer Renaissance der Plattenbauten führen. Vielmehr müssen wir auch und gerade im sozialen Wohnungsbau auf hohe Qualität achten. Nicht zuletzt, um langfristig eine Stigmatisierung der Bewohner und ein soziales Kippen der Quartiere zu vermeiden. Bei der Vergabe städtischer Flächen soll neben der Gebotshöhe daher auch die Qualität des vorgelegten Konzepts ausschlaggebend sein. Hier helfen die von uns geforderte Einrichtung eines Gestaltungsbeirats und die Erstellung von Gestaltungssatzungen. Das Konzept der Stadtteilarchitekten, die Bauherren beim Bauen im Bestand beraten, soll zur Sicherung der städtebaulichen Qualität auf alle Stadtteile ausgeweitet und verstärkt beworben werden.

Die Bebauung folgt der Infrastruktur

Frankfurter Neubaugebiete fallen durch fehlende Infrastruktur bei Kindergärten und Schulen sowie durch eine mangelhafte ÖPNV-Erschließung auf. Dies muss sich ändern. Gebaut werden soll vorrangig dort, wo (Verkehrs-)Infrastruktur bereits vorhanden ist oder zu niedrigen Kosten und zeitnah erstellt werden kann – insbesondere entlang bestehender Schienenstränge, deren direkte Umgebung oft durch Kleingärten mindergenutzt ist. Erst wenn die Infrastruktur steht sollen Wohnbau und Bewohner folgen. Kirchen, Gemeinschaftszentren und/oder öffentliche Einrichtungen bilden den zentralen Platz eines neuen Quartiers.

Vernetztes Denken – Projekte nicht isoliert sehen

Mit der Überdeckung der A661 wird ein historischer städtebaulicher Fehler korrigiert und die Stadtteile Bornheim und Seckbach verbunden. Denklogisch folgt, dass ein solcher Fehler nicht wiederholt werden sollte und ein neuer Stadtteil jenseits der A5, ohne dass die A5 überdeckelt würde, nicht sinnvoll an die Stadt angebunden werden kann. Nachverdichtung, Arrondierungen und Weiterbauen der Stadt, wie oben beschrieben, sind sinnvolle Alternativen. Gleichzeitig muss über Alternativnutzungen für das Gebiet zwischen A5 und Steinbach nachgedacht werden. So könnten Kleingartenanlagen aus innerstädtischen Bereichen dorthin verlegt werden, während innenstadtnah, z.B. zwischen Europaturm und Markuskrankenhaus, statt Kleingärten für wenige Wohnungen für viele und Parks für alle entstehen könnten. Als Anreiz könnten die entstehenden Wohnungen

bevorrechtigt an die ehemaligen Kleingartenpächter vergeben werden. Durch eine Verlegung des Hospitals zum Heiligen Geist auf das frei werdende Raab-Karcher-Areal im Osthafen könnte ein städtebaulicher Schandfleck entfernt und gleichzeitig an dessen jetzigem Standort ein Neubau von Theater und Schauspiel entstehen, der das bisher vernachlässigte Gebiet am östlichen Ende des Anlagenrings erheblich aufwerten und mit dem Literaturhaus ein gelungenes Kulturensemble bilden würde. Das Grundstück am Willy-Brandt-Platz dürfte einen erheblichen Teil der Baukosten finanzieren, der Platz könnte neu und besser gestaltet werden.

Umland einbinden

Frankfurt kann die Probleme, die sich aus der Attraktivität des Rhein-Main-Gebietes ergeben, nicht allein auf seinem Gemeindegebiet lösen, denn Frankfurt ist als Kernstadt der Region unter den deutschen Großstädten die kleinste Flächenstadt. Dies ist das Ergebnis der unter der SPD-Regierung in Hessen in den 70er Jahren durchgeführten kommunalen Gebietsreform, die angrenzenden Gemeinden Flächen zuwies, die heute als Bauland der Stadt Frankfurt nicht zur Verfügung stehen.

Eine dauerhafte Lösung der Wohnungsfrage muss deshalb gerade auch auf der Ebene der Rhein-Main-Region gefunden werden. Aufgabe des Landes ist es, hier moderierend, wie z.B. mit der Initiative zum „Großen Frankfurter Bogen“, einzugreifen, um einen regionalen Konsens von Wohnungsbau, Gewerbeansiedlung und verkehrlicher Infrastruktur zu erzielen. Frankfurt als wachsende große Stadt kann nicht zur hochverdichteten Metropole zulasten der Lebensqualität in der Kernstadt umstrukturiert werden. Deshalb sind vermehrt regionale Planungsansätze mit und von den Kommunen zu entwickeln, die sowohl das Bevölkerungswachstum als auch wirtschaftliche Ansiedlungen berücksichtigen. Hierbei ist es wichtig, den regionalen Partnern auf Augenhöhe zu begegnen, sie frühzeitig einzubinden und einen Konsens herzustellen.

Eine lebenswerte Stadt gestalten

Frankfurt ist eine lebenswerte Stadt und soll dort, wo Verbesserungspotential besteht, noch lebenswerter werden. Frankfurt ist eine Stadt für Menschen. Menschen die leben, die arbeiten, die mit anderen kommunizieren, die stehen, die sitzen, die zu Fuß gehen, die Rad fahren, die den ÖPNV nutzen und die das Auto nutzen. Menschen die jung und fit sind, Menschen die alt und in ihrer Mobilität eingeschränkt sind – allen wollen wir möglichst gerecht werden.

Hierfür wollen wir das Modell der europäischen Stadt, die ein menschliches Maß bewahrt und öffentliche Räume bewusst und qualitativ gestaltet, in der Menschen leben und nicht nur wohnen, zum Leitbild nehmen.

Hierfür fordern wir:

Lebensqualität steigern durch kluge Verkehrsplanung, die die Bedürfnisse aller berücksichtigt

Um Teil einer lebenswerten Stadt sein zu können, müssen alle Bürger frei die für sie optimale Art der Fortbewegung wählen können. Eine einseitig auf den Radverkehr ausgerichtete Politik wird jedoch allenfalls körperlich fitten, tendenziell kinderlosen Innenstadtbewohnern gerecht – und dies überwiegend auch nur dann, wenn es nicht regnet oder schneit. Körperlich Eingeschränkte, Senioren, Familien und nicht zuletzt das Gewerbe haben Transportbedürfnisse, die einen gut ausgebauten ÖPNV und auch einen möglichst reibungslos funktionierenden motorisierten Individualverkehr

erfordern. Gleichzeitig profitieren auch Anwohner von einem fließenden Verkehr mit möglichst wenigen Abgas- und Lärmemissionen erhöhenden Staus. Hierzu wollen wir den ÖPNV ausbauen und KFZ-, Rad-, und Fußgängerverkehr entflechten. Rad- und Fußwege sind zu trennen, in Seitenstraßen sollen parallel zu den Hauptstraßen Fahrradstrecken eingerichtet werden, die außer für den Anliegerverkehr für KFZ gesperrt sind.

Die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats für Frankfurt

Architektur prägt unsere Stadt, gibt ihr ein Gesicht, gibt Orientierung und beeinflusst unser tägliches Leben in Frankfurt am Main erheblich. Daher ist es wichtig, dass architektonische Entscheidungen, die in der Regel über Jahrzehnte nicht zu revidieren sind, wohlüberlegt und mit Sachkenntnis getroffen werden. Über 80 Städte im deutschsprachigen Raum haben daher einen Gestaltungsbeirat eingerichtet, der Bauherren wie Bauaufsicht beratend zur Seite steht und die Öffentlichkeit in wichtige Projekte miteinbezieht. Gestaltungsbeiräte sind Garanten und Förderer der Baukultur. Sie vermitteln zwischen den städtebaulichen Ansprüchen und Interessen der Öffentlichkeit einerseits und den finanziellen Erwägungen der Investoren auf der anderen Seite. Besonders in Frankfurt ist dies wichtig. Der mit auswärtigen, neutralen Fachleuten besetzte Gestaltungsbeirat ergänzt dabei den mit heimischen Akteuren besetzten Städtebaubeirat. Anders als der Städtebaubeirat, der strategische Fragen bearbeitet, thematisiert der Gestaltungsbeirat Einzelprojekte.

Gestaltungssatzungen für jedes neue Baugebiet

Gestaltungssatzungen stellen ein harmonisches Stadtbild sicher. Sie legen die Rahmenbedingungen fest, innerhalb derer Bauherren und Architekten in der individuellen Gestaltung ihrer Gebäude frei sind und schaffen so einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Öffentlichkeit an der qualitätvollen Gestaltung der Stadt und den Bedürfnissen und Vorstellungen der Bauherren. Die Gestaltungssatzungen sollen gemeinsam von Städtebaubeirat, Gestaltungsbeirat, Ortsbeiräten und Bürgern erarbeitet werden.

Städtebauliche Bürgerwerkstätten unter Federführung der Ortsbeiräte

Die regelmäßigen Vor-Ort-Termine, die der Fachausschuss Stadtentwicklung der CDU Frankfurt gemeinsam mit den Ortsbezirksverbänden durchführt, haben gezeigt, dass die Bürger vor Ort sehr gut wissen, wie die Lebensqualität in ihren Stadtteilen auch durch bauliche Maßnahmen verbessert werden kann. Es lohnt sich daher, dieses Potential institutionalisiert zu heben und die Bürger und Vereine dazu einzuladen, sich in die Entwicklung ihrer Stadtteile einzubringen.

Eine bewusste Gestaltung öffentlicher Räume

Öffentliche Räume ergeben sich allzu oft nur als Restgrößen der Bautätigkeit. Sie sind letztlich Leer- und Zwischenräume, die sich zufällig durch voneinander unabhängig geplante Gebäude ergeben. So entstehen im öffentlichen Raum Unräume, die als Standplätze für Mülltonnen und ähnliches Mobiliar herhalten müssen, Straßen- und Stadträume, in denen sich der Mensch nicht wohlfühlt, die nicht belebt sind und die teilweise sogar Angsträume darstellen. Stadtplanung muss jedoch genau andersherum gedacht werden: zuerst müssen die öffentlichen Räume als Aufenthalts-, Kommunikations-, Verkehrs- und Lebensbereich der Menschen geplant werden. Diese werden dann durch die umgebenden Gebäude, die ein Ensemble bilden sollen, geformt. Klar gegliederte Stadträume geben so Orientierung und vermitteln ein Gefühl von Sicherheit. Sie schaffen Wohn-, Aufenthalts- und Lebensqualität und ermöglichen erst eine lebendige Stadt europäischen Zuschnitts.

Stadtökologie

Der Klimawandel macht auch vor Frankfurt nicht halt. Wir sind zwar die mit Abstand coolste Stadt Deutschlands, doch auch wir müssen der Aufheizung unserer Heimat entgegenwirken. Wir brauchen mehr Schatten in der Stadt, weniger Versiegelung und intelligente technische Lösungen, um die Klimabilanz Frankfurts zu verbessern.

Hierfür fordern wir:

Stadtgrün ausbauen

Bäume spenden Schatten, Wiesen und Beete heizen sich weniger auf als asphaltierte oder gepflasterte Flächen. Dort wo möglich sollen deshalb Straßenbäume nachgepflanzt werden, Plätze, die derzeit aus Steinwüsten bestehen, entsiegelt und mit Grünflächen versehen werden. Die Vorgartensatzung soll strikt durchgesetzt werden. Illegal versiegelte und zu Parkplätzen umgestaltete Vorgärten sollen wieder entsiegelt werden. In Neubaugebieten mit überwiegender Wohnnutzung sollen auch bei urbaner Blockrandbebauung Vorgärten vorgesehen werden – auch, um im Straßenraum Platz für beiderseits großkronige Straßenbäume zu schaffen.

Frischlufschneisen und –entstehungsgebiete schonen

Die Zufuhr kühler Frischluft ist für das Stadtklima von herausragender Bedeutung. Es ist daher darauf zu achten, Frischluftentstehungsgebiete nicht zu versiegeln und Frischlufschneisen nur so zu bebauen, dass die Luftströme weiterhin ungehindert in die Stadt fließen können.

Holzbau fördern

Bei der Herstellung von Stahl und Beton werden große Mengen CO₂ frei, während im Baustoff Holz große Mengen CO₂ gebunden sind. Nicht nur temporäre Bauten, sondern auch dauerhafte Großbauten können inzwischen aus Holz und in Mischbauweisen erstellt werden. Holzhochhäuser entstanden und entstehen bereits in Hamburg, Wien und in kleineren deutschen Städten. So lassen sich pro Gebäude tausende Tonnen CO₂ einsparen.

Digitale Netze ausbauen

Die Digitalisierung bietet auch Chancen zur ökologischen Verbesserung. Smarte Verkehrssteuerung, autonomes Fahren und On-Demand-Dienste, Gebäudeautomatisierung, dezentrale Energieerzeugung und -einspeisung erfordern eine hochgradige Vernetzung der einzelnen Systemteile. Die Voraussetzungen hierfür – Ausbau der mobilen und leitungsgebundenen Kommunikationsnetze – müssen zügig verbessert und geschaffen werden.

Energetische Sanierung ansprechend gestalten

Die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden ist ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaziele. Oft ist das Ergebnis einer energetischen Sanierung (Kunststoffenster, Wärmedämmverbundsystem) jedoch kein Gewinn für das Stadtbild. Daher soll die Beratung der sanierungswilligen Bauherren verbessert werden. Hierzu sollen die Arbeit von Bauaufsicht, Stadtteilarchitekten, Energiepunkt Frankfurt und den Beratungsstellen des Verbraucherschutzes sowie des Handwerks besser verzahnt werden.